Stadt Dessau-Roßlau

27.05.2021

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 07.04.2021

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **22:09 Uhr**
Sitzungsort: **per Videokonferenz**

Teilnehmer/-innen: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende des Haupt- und Personalausschusses, Herr Oberbürgermeister Kuras,** eröffnet die Sitzung per Videokonferenz um 16:35 Uhr und begrüßt die Mitglieder, Beigeordneten und Gäste. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 9 stimmberechtigten Mitgliedern durch Aufruf fest.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist auf den Tonmitschnitt der Sitzung zum Zwecke der Protokollierung sowie den Mitschnitt durch die Presse hin. Des Weiteren weist er auf die Vorschrift der ständigen optischen und akustischen Anwesenheit der Ausschussmitglieder hin und erläutert das Vorgehen bei Beschlussfassungen.

Herr Stadtrat Fricke tritt der Videokonferenz um 16:36 Uhr bei. Beschlussfähigkeit mit 10 stimmberechtigten Mitgliedern liegt vor.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben, so dass **Herr Oberbürgermeister Kuras** diese als angenommen erklärt.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 15.02.2021 und 24.02.2021

Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 15.02.2021 im Umlaufverfahren zur Abstimmung und ruft die Mitglieder einzeln namentlich zur Stimmabgabe auf.

Wortmeldungen zu beiden Niederschriften werden nicht erhoben.

Abstimmungsergebnis: 10:0:0

Name	Abstimmung
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Ratzmann, Burkhardt	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 24.02.2021 per Videokonferenz zur Abstimmung und ruft die Mitglieder einzeln namentlich zur Stimmabgabe auf.

Abstimmungsergebnis: 9:0:1

Name	Abstimmung
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Enthaltung
Ratzmann, Burkhardt	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Kuras gibt die nichtöffentlichen Beschlüsse der letzten Sitzung des Gremiums bekannt:

- Grundstücksangelegenheit
  Zustimmung zum Verkauf eines Grundstücks in der Coswiger Straße

- Gewährung einer Bürgschaft im Zusammenhang mit dem Kauf der MVZ DKD gGmbH

- Kauf, Verkauf und Auflösung der MVZ DKD gGmbH

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Kuras teilt mit, dass im Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, weist auf BV/96/2021/II-30 unter TOP 9.1 hin.

Herr Oberbürgermeister Kuras berichtet über eine Eilentscheidung, die den Erwerb einer chirurgischen Praxis im Landkreis Anhalt-Bitterfeld betrifft. Der Landkreis hatte bei der Kommunalaufsicht interveniert und dort zunächst Recht erhalten. Es musste fristgerecht Widerspruch gegen diese Entscheidung des Landesverwaltungsamtes einlegt werden. Näheres wird in TOP 9.1 besprochen werden.

6 Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Kuras verliest drei schriftlich eingereichte Fragen eines Bürgers:

Frage 1: Gilt im Hauptausschuss die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse und das KVG LSA? Für die Sitzung vom 15.02.2021 war die nächste Sitzung am 24.02.2021. Damit liegt ein Verstoß gegen § 58 KVG LSA sowie § 15 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse vor.

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt, dass für den Hauptausschuss selbstverständlich sowohl die gesetzlichen Vorschriften des KVG LSA, als auch die Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse gelten. Die Einladung für den Hauptausschuss am 24.02.2021 wurde den Mitgliedern zusammen mit den Sitzungsunterlagen entsprechend der geltenden Ladungsfristen gemäß § 1 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse, also mindestens 10 Tage vor der Sitzung, übersandt. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Umlaufverfahren am

15.02.2021 noch nicht stattgefunden. Daher konnte auch noch keine Abstimmung über die Niederschrift am 24.02.2021 erfolgen. Es musste die Frist eingehalten werden, sodass die Ergebnisniederschrift vom 15.02.2021 noch nicht am 24.02.2021 bestätigt werden konnte.

Frage 2: Wie will man das Thema Niederschriften in Zukunft entsprechend der Beschlüsse des Stadtrates und des KVG LSA handhaben?

Herr Oberbürgermeister Kuras erklärt zu dieser Frage, dass die Niederschriften auch in Zukunft entsprechend der Vorschriften des KVG LSA sowie der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse erstellt und zur Abstimmung gestellt werden, wenn Fristen dies nicht verhindern.

Frage 3: Gibt es kein Hygienekonzept bezüglich des Tragens von Masken, der zulässigen Raumgrößen sowie der einzuhaltenden Abstände und gibt man dem Bürger darauf keine Antwort, um ihn von der Sitzung ausschließen zu können oder wie genau verhält sich der Sachverhalt?

Im Rathaus herrscht grundsätzlich eine Maskenpflicht, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Für die Räume wurde eine Höchstanzahl für den Aufenthalt von Personen ermittelt. Hierfür gibt es eine dienstinterne Anweisung, die dies genau regelt. Bei Einhaltung eines Abstandes von mindestens 1,5 m zur nächsten Person innerhalb eines Raumes kann während einer Sitzung die Maske abgenommen werden. Auf Nachfrage eines Bürgers werden die Regeln gern nochmals erläutert. Die Öffentlichkeit der Sitzungen wird, soweit es räumlich möglich ist, hergestellt. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Presse befinden sich heute im Ratssaal. Herr Oberbürgermeister Kuras geht davon aus, dass die maximale Anzahl der Personen auch heute eingehalten werden kann.

Weitere Anfragen zur Einwohnerfragestunde liegen nicht vor.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert über die Veröffentlichung der Änderung des § 56 a KVG. Die neuen Regelungen finden ab sofort Anwendung.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, erfragt, ob die Möglichkeit besteht, neu hinzugefügte Unterlagen zur Sitzung – konkret ist hier die Präsentation des Oberbürgermeisters zur Coronalage gemeint – andersfarbig, zum Beispiel rot, kenntlich zu machen. So sind Änderungen besser ersichtlich.
Des Weiteren bezieht sich Stadtrat Kellner auf die Einwohnerfragestunde und merkt an, dass die gleichen Fragen bereits gestern im DeKiTa-Ausschuss gestellt wurden. Diese Fragen wurden hinlänglich in verschiedenen Ausschüssen beantwortet. Er zeigt sich verärgert über derartige „Schaufensterfragen“.

Abschließend bittet Stadtrat Kellner um Mitteilung des Sachstandes zur Entschädigungssatzung seitens des Landesverwaltungsamtes.

Herr Oberbürgermeister Kuras teilt mit, dass nach seiner Kenntnis noch keine Entscheidung zur Beanstandung der Entschädigungssatzung des Landesverwaltungsamtes vorliegt.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bezieht sich auf ihre erstmalige Anfrage in der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses im Januar bezüglich der errichteten Stelen in Roßlau. Es wurde zugesichert, dass ein Gespräch des zuständigen Amtes mit dem Ortschaftsrat stattfinden soll. Dies ist bislang noch nicht geschehen. Stadtrat Weber hat in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses erneut eine Anfrage zu diesem Thema gestellt. Daraufhin erfolgten Erläuterungen seitens Herrn Dr. Reck bezüglich des Dreiklangs, der in den Beratungen 2017/2018 anders abgesprochen war. Wenn auf touristische Leitelemente und touristischen Dreiklang verwiesen wird, so Stadträtin Koschig, warum ist dann keine Stele vor dem Dessauer Rathaus mit dem Roßlauer Slogan, wie in Roßlau mit dem Dessauer Slogan? Wie wird hier weiter verfahren?

Dem Ortschaftsrat wurde ein Gespräch angeboten, so **Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur.** Die geplante Ortschaftsratssitzung wurde jedoch abgesagt. Das Gesprächsangebot gilt nach wie vor für die nächste planmäßige Ortschaftsratssitzung. Herr Dr. Reck erläutert, dass drei Sehenswürdigkeiten in Roßlau ein Stelenelement erhalten haben, und zwar am Schaufelrad, an der Wasserburg und am Kulturkaufhaus. Eine Stele am Rathaus hat Herr Dr. Reck nicht vor Augen. Diesbezüglich erfolgt eine schriftliche Antwort.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, hat die Stele vor dem Roßlauer Rathaus mit dem Dessauer Slogan und der Aufschrift „Auf Wiedersehen“ in Augenschein genommen. Er geht von einer Verwechslung aus, da diese Aufschrift nicht passt. Herr Fackiner bittet die Stadtverwaltung, sich vor Ort ein Bild zu machen, da die Stele nicht so bestehen bleiben kann. Sollte dies nicht geschehen, wird er einen entsprechenden Antrag auf den Weg bringen.

Herr Oberbürgermeister Kuras pflichtet Stadtrat Fackiner bei, dass dies noch einmal angesehen werden muss.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, bittet um Mitteilung, ob die Möglichkeit besteht, die Sitzgelegenheiten der Gartenreich-Lounge in Richtung Rathaus zu erweitern.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, hatte die diesbezüglich gestellte Anfrage bereits an die Stadtmarketinggesellschaft weitergegeben. Die Standorte werden mit den Ämtern abgestimmt. Möglicherweise spricht gegen eine Erweiterung, dass Flächen vor dem Rathaus für Märkte reserviert sind. Herr Dr. Reck wird dies prüfen und die Anfrage schriftlich beantworten.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, weist auf die große Nachfrage der Öffentlichkeit hin. Im letzten Jahr hat sich bereits gezeigt, dass das Projekt gut angenommen wurde.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, greift die Frage von Stadtrat Adamek auf und teilt mit, dass in den Haushalt 2021 weitere Mittel in Höhe von 40.000 € eingestellt sind für weitere Gestaltungselemente auf dem Marktplatz und seinem Umfeld.
Des Weiteren informiert Frau Nußbeck, dass den Fraktionen mitgeteilt wurde, dass der Stadtrat für sich ein Hygienekonzept beschließen muss. Derzeit wird ein Entwurf erarbeitet, der noch vor der Sitzung am 21.04.2021 zur Verfügung gestellt werden soll, um zu Beginn der Sitzung des Stadtrates darüber abstimmen zu können.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, zeigt sich erfreut über die eingestellten Mittel zur Erweiterung der Gartenreich-Lounge. Es sollte umgehend mit der Ausschreibung begonnen werden, damit die Möbel noch in diesem Sommer ergänzt werden können.

Herr Dr. Reck, Beigeordneter für Wirtschaft und Kultur, ergänzt, dass diese Mittel nicht für die Stadtmarketinggesellschaft bzw. seinen Dezernatsbereich eingestellt sind, sondern möglicherweise in einem anderen Geschäftsbereich. **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen,** teilt mit, dass die Mittel in Amt 61 – Planungsamt – eingestellt sind. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erachtet eine derartige Zersplitterung als nicht sinnvoll. Der Sachverhalt muss noch einmal geprüft werden. **Stadtrat Adamek** ist der Meinung, dass eine Erweiterung um den Brunnen herum möglich ist und der Markt damit nicht sehr beeinträchtigt wird. Möglicherweise werden damit die Markttage belebt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** weist darauf hin, dass die pandemische Lage hier ausschlaggebend ist. **Herr Dr. Reck** teilt mit, dass die Summe nach seiner Kenntnis für die Ratsgasse bestimmt war. Es kann aber gern noch geprüft werden, ob eine Möblierung auf der Zerbster Straße auch noch in Erwägung gezogen werden kann.

Herr Schönemann, Fraktion die Linke, bittet um Auskunft über den Quadratmeterbedarf pro Person bei Präsenzsitzungen. Des Weiteren bittet er Frau Nußbeck um Mitteilung, welche Möglichkeiten es für die Stadträte gibt, sich vor Individualisten zu schützen, die Anweisungen und Empfehlungen für den Pandemieschutz ignorieren.

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, teilt zur ersten Frage mit, dass in der Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 10 m² pro Person in einem Raum festgelegt wurden. Dementsprechend wurden die Beratungsräume in der Verwaltung eingeteilt. Zur zweiten Frage erklärt Frau Nußbeck, dass in dem durch den Stadtrat zu beschließenden Hygienekonzept enthalten ist, dass der Sitzungsleiter für die Durchsetzung des Konzeptes und der gesetzlichen Bestimmungen verantwortlich ist. Dieser kann bei einer Präsenzsitzung das Hausrecht ausüben, wenn gegen die Regelungen, die der Stadtrat für sich beschlossen hat, verstoßen wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras bestätigt, dass es der aktuellen Erlasslage des Innenministeriums entspricht, dass der Stadtrat hierüber zu beschließen und der Hauptverwaltungsbeamte keine Anrechte hat. Bei der Durchführung von Tests gibt es jedoch keine rechtliche Handhabe, Zwang auszuüben, anders als bei der Maskenpflicht, die rechtlich durchsetzbar ist. Mit dem Stadtratsvorsitzenden muss jetzt ein Hygienekonzept ausgearbeitet werden. Dies wird durch das Gesundheitsamt bestätigt und kann dann in der Sitzung des Stadtrates beschlossen werden.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

7.1 Berichterstattung des Oberbürgermeisters aus dem Pandemiestab

Herr Oberbürgermeister Kuras erstattet anhand einer Power-Point-Präsentation ausführlich Bericht aus dem Pandemiestab. Diese ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet um Zurverfügungstellung der Präsentation. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt, dass sie spätestens mit dem Protokoll zur Verfügung steht. Er erachtet es jedoch als sinnvoll, diese sofort zur Verfügung zu stellen.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bedankt sich für den umfangreichen Bericht und erachtet diesen als notwendig für die Öffentlichkeit. Er hofft, dass die Situation an den Schulen nach Anlaufschwierigkeiten nun in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt. Gefehlt hat Stadtrat Fackiner Auskunft über den Fortschritt der technischen Ausstattung von Belüftungssystemen in Schulen, Kindergärten und Bussen. Man müsse hier vorsorgend tätig werden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, berichtet, dass verschiedenste technische Einrichtungen für Schulen geprüft wurden, jedoch keine vernünftige wirtschaftliche Lösung gefunden wurde. Eine diesbezügliche Informationsvorlage wird in Kürze übergeben, bei der es um eine wissenschaftliche Studie in Deutschland geht, derer sich die Verwaltung anschließen wird. Es bleibt abzuwarten, was die Ingenieure bei dieser Prüfstudie herausfinden, die den gesamten Schulsektor und die Kindereinrichtungen betrifft.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, macht darauf aufmerksam, dass die Power-Point-Präsentation digital vorliegt. Diese wurde heute der Sitzung hinzugefügt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** bittet die Ausschussmitglieder, die die Präsentation im Ratsinformationssystem nicht finden, sich an das Stadtratsbüro zu wenden. Er bittet Herrn Krause und Herrn Dr. Zagrodnick um Ergänzung, falls wichtige Punkte nicht angesprochen wurden.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit, Soziales und Bildung, ergänzt, dass das Impfen der Wahlhelfer im letzten Impfstab rechtlich besprochen wurde. Derzeit ist dies jedoch nicht möglich, da die Wahlhelfer in der letzten Gruppe aufgeführt sind. Derzeit erfolgen die Impfungen in der zweiten Gruppe der über 70-Jährigen. Dies betrifft noch über 8.000 Personen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** bestätigt, dass dies nicht realisierbar sein wird.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet über seine Erfahrung im Impfzentrum und erwähnt lobend die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Insbesondere bedankt er sich bei dem Koordinator, Herrn Müller.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, ist der Meinung, dass die Stadt bei der Impfung der über 80-Jährigen gut vorangeschritten ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras pflichtet dem bei und bittet Herrn Dr. Zagrodnick, über die aktuelle Situation im Klinikum zu berichten.

Herr Dr. Zagrodnick, ärztlicher Direktor des Städtischen Klinikums, erläutert, dass die Spitze der an Covid erkrankten Patienten Ende Februar / Anfang März erreicht wurde. In stationärer Behandlung befanden sich um die 100 Patienten. In der Spitze befanden sich 21 beatmete Patienten auf der Intensivstation. Dies war nur dadurch zu bewältigen, dass die Regelleistungen am Standort Auenweg erheblich reduziert wurden. OP-Säle wurden geschlossen und das Personal auf der Intensivstation eingesetzt. Derzeit befinden sich auf der Normalstation 16 und auf der Intensivstation fünf positive Patienten. Im Augenblick werden deutlich jüngere Patienten behandelt, im Gegensatz zur Situation vor einigen Monaten. Mit der Impfung der Älteren sinkt die Sterberate im Klinikum. Man kann jedoch noch keine Entwarnung geben. Jüngere Patienten überstehen die Krankheit zu einem hohen Prozentsatz besser, liegen jedoch länger auf der Intensivstation. Im Moment sind nur zwei freie Betten vorhanden. Im Bedarfsfall erfolgt eine flexible Gestaltung durch Erhöhung der Kapazität der Intensivstation oder dem erneuten Zurückfahren der Regelleistungen. Diese wurden auf ein hohes Niveau zurückgeführt. Das ist notwendig, weil viele Patienten es nicht mehr verstehen, lange vertröstet zu werden. Diesbezügliche Beschwerden sind bereits eingereicht worden. Er appelliert daran, sich so zu verhalten, dass die Infektionsrate in der Stadt so gering bleibt, wie derzeit vorliegend. In stationärer Behandlung befinden sich auch Patienten mit britischen Mutationen. Jedoch werden nach der Vorgabe des RKI nur 5% der positiven Patienten auf Mutationen getestet. Die Dunkelziffer kann somit höher liegen. Ein Test aller Erkrankten ist aus finanziellen Gründen nicht möglich. Im Augenblick können Mutationstests noch nicht selbst durchgeführt werden, jedoch ist Frau Prof. Westphal auf dem Weg, dieses Problem zu lösen. Durch die Anschaffung des Cobas-Gerätes kann eine Untersuchung auf Covid 19 selbst durchgeführt werden. So kann viel schneller zu einer sicheren Diagnose gelangt werden. Die Lage ist derzeit stabil, jedoch ist sie fragil. Die Erkrankung beim Personal ist zurückgegangen, da über 1000 Mitarbeiter bereits geimpft sind. Die personelle Lage hat sich daher etwas entspannt. Einige Mitarbeiter sind jedoch langzeiterkrankt nach einer Covid-19-Infektion. Herr Dr. Zagrodnick weist

auf die zu würdigende Arbeit der Beschäftigten des MVZ bei der Bewältigung der Pandemie hin.

Herr Oberbürgermeister Kuras bittet der Personalvertretung zu vermitteln, dass die Arbeit der Mitarbeiter*innen des MVZ nicht vergessen wird.

Weitere Wortmeldungen werden nicht erhoben.

7.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Wortmeldungen werden nicht erhoben.

8 Beschlussfassungen

8.1 Erlass von Sondernutzungsgebühren Vorlage: BV/077/2021/IV-80

Herr Oberbürgermeister Kuras erläutert die Gründe für den Erlass der Sondernutzungsgebühren.

Wortmeldungen werden nicht erhoben.

Der Ausschussvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung durch namentlichen Aufruf der Ausschussmitglieder.

Herr Stadtrat Fricke erklärt, dass er aufgrund eines technischen Problems kurz der Videokonferenz nicht beigewohnt hat und bittet um Mitteilung, zu welchem Tagesordnungspunkt die Abstimmung erfolgt. **Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt dies mit.

Der Erlass der Sondernutzungsgebühren für die Gebührentarife Nr. 9, 10.4 wird aus Billigkeitsgründen auf der Grundlage des § 11 Absatz 3 der Sondernutzungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau rückwirkend ab 01.01.2021 für das Kalenderjahr 2021 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 10:0:0

Name	Abstimmung
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Ratzmann, Burkhardt	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

8.2 3. Änderung der Satzung über die Festlegung der Schulbezirke und Schuleinzugsbereiche für allgemeinbildende Schulen in Trägerschaft der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/362/2020/V-40

Herr Oberbürgermeister Kuras informiert über die bestehende Sondersituation der Gemeinschaftsschule am Standort Zoberberg und bittet Frau Wendeborn um eine kurze Einführung.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, erinnert daran, dass die Vorlage im Haupt- und Personalausschuss schon einmal beschlossen wurde. Sie wurde nun zahlenmäßig ergänzt, der Inhalt ist weitestgehend gleich geblieben. Der Schuleinzugsbereich wird aufgehoben, die Grundschüler der Zoberbergschule erhalten als einzige Platz in der Gemeinschaftsschule, für alle anderen Schüler greift das Losverfahren.

Herr Oberbürgermeister Kuras ergänzt, dass man sich derzeit im Anhörungsverfahren der Ortschaften und Stadtbezirksbeiräte befindet, da die ganze Stadt hiervon betroffen ist.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erfragt, ob das Losverfahren bereits ab der ersten Anmeldung greift oder erst, wenn die Klassen belegt sind für Schüler, die dann noch hinzukommen.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, erklärt, dass das Losverfahren greift, sobald die Plätze für die Grundschüler der Zoberbergschule belegt sind. Angemeldete Geschwisterkinder könnten dann auch noch Plätze erhalten, die restliche Kapazität geht in das Losverfahren.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, stellt fest, dass an der Beschlussvorlage inhaltlich keine Änderungen vorgenommen wurden und lediglich die Gültigkeit um ein Jahr nach hinten verschoben wurde. Er begrüßt die Beteiligung der betroffenen Ortschaften und Ortschaftsräte. Kochstedt und Mosigkau haben mehrheitlich diese Satzungsänderung abgelehnt. Die Privilegierung der Zoberberg-Grundschüler stellt eine Verletzung des Gleichheitsprinzips dar, so Stadtrat Dreibrodt. Die Begründung hierfür ist nicht ausreichend. Aus diesem Grund kann er der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, sieht keine Privilegierung der Zoberberg-Grundschüler, weil die damalige Sekundarschule Zoberberg sich zur Gemeinschaftsschule umgewandelt hat mit dem Ziel, gerade dieses Quartier mit dem Konzept zu unterstützen. Der Sachverhalt wurde ausgiebig mit dem Land diskutiert. Diese Möglichkeit wurde in ergangenen Urteilen bestätigt.

Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau, erachtet es als vernünftig, dass die Kinder der Zoberbergschule weiterhin diese Schule besuchen können, wenn der Wunsch besteht. Nachdem Stadtrat Otto die Vota der Ortschaften Kochstedt und Mosigkau bekannt ist, kann er jedoch der Vorlage nicht zustimmen. Die Notwendigkeit, die Vorlage heute zu beschließen, besteht nicht. Es sollte sich Zeit genommen werden, Alternativen zu finden, wie zum Beispiel eine Erweiterung des Schulstandortes oder die Motivierung anderer Schulleitungen, den gleichen Weg zu beschreiten. Stadtrat Otto betont das allgemeine Interesse, eine zweite Schule mit diesem Konzept zu schaffen.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erklärt, dass jedem Schüler die Gemeinschaftsschule zur Verfügung stehen sollte. Die Sonderregelung für die Zoberberg-Schüler widerspricht dem Gleichbehandlungsprinzip. Weiter bittet Stadträtin Koschig um Mitteilung, mit welchen Sekundarschulen Gespräche geführt wurden bezüglich der Errichtung einer Gemeinschaftsschule und wie der Sachstand ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erachtet die Beschlussvorlage als abstimmungsfähig. Ebenso hält der Ortschaftsrat Kleinkühnau das Konzept für schlüssig und die Vorlage als zustimmungsfähig. Das zuständige Dezernat hat alle Punkte auf Basis der gegenwärtigen gesetzlichen Situation in der Vorlage verankert, die für das neue Schuljahr erforderlich sind. Er weist darauf hin, dass das Gemeinschaftsschulmodell auf Wunsch der Eltern initiiert wurde. Es sollte nun weiter daran gearbeitet werden. Stadtrat Schönemann schlägt vor, ein Team zu bilden, um weitere Schulen für das Schulmodell zu gewinnen.

Es sollten von Seiten des Gesetzgebers neue Anreize für Schulen geschaffen werden, zur Gesamtschule umzustrukturieren, so **Herr Oberbürgermeister Kuras.** Es besteht Einigkeit, dass dies die beste Lösung ist.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erachtet es als schwierig, heute eine abschließende Entscheidung zu treffen. Er erläutert das Für und Wider einer Zustimmung bzw. Ablehnung. Stadtrat Adamek würde es begrüßen, wenn eine weitere Schule mit diesem Konzept gefunden wird. Es sieht kein Problem darin, das Projekt in das Schuljahr 2022/2023 zu schieben. Seine Fraktion wird sich bis zur Sitzung des Stadtrates eine abschließende Meinung bilden.

Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau, erachtet die Vorlage mit dem derzeitigen Sachstand als korrekt. Es sind jedoch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden, eine zweite Schule zu gewinnen. Stadtrat Otto schlägt vor, die in Frage kommenden Schuldirektoren in den Hauptausschuss einzuladen und diese von dem Schulmodell zu überzeugen. Zeitlich ist dies möglich.

Herr Ratzmann, Fraktion der AfD, schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Es erachtet es als bedenklich, eine Entscheidung gegen zwei Ortschaften zu fällen. Es sollte sich Zeit genommen werden, mit den Ortschaften eine zufriedenstellende Lösung zu finden.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, müsste rein rechtlich der Beschlussvorlage zustimmen. Er begrüßt jedoch den Vorschlag von Stadtrat Otto und erfragt, ob es sich hierbei um einen Antrag zum Beschluss handelt. Ein weiteres Modell wurde bereits ins Gespräch gebracht, das jedoch ebenso nicht schnell umsetzbar ist. Die Schulentwicklungsplanung sieht einen zusätzlichen Schulstandort, den er in Mitte Süd für notwendig erachtet.

Herr Oberbürgermeister Kuras bittet Frau Wendeborn um Beantwortung der gestellten Fragen und Mitteilung der Konsequenzen, wenn über die Beschlussvorlage heute nicht entschieden wird. Er würde den Vorschlag von Stadtrat Otto mit dessen Zustimmung als Geschäftsordnungsantrag werten, über den gesondert abzustimmen ist.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, erklärt, dass mit allen öffentlichen in der Trägerschaft der Stadtverwaltung befindlichen Sekundarschulen Gespräche geführt wurden. Sie benennt diese Schulen im Einzelnen. Diese Gespräche fanden vor längerer Zeit statt, das Thema wird jedoch immer wieder angesprochen. Den Vorschlag von Stadtrat Otto, die Schulleiter in den politischen Raum einzuladen, um einen Austausch herbeizuführen, begrüßt Frau Wendeborn.
Außenstellen sind längerfristig nicht möglich. Eine auf ein Jahr zeitlich begrenzte Außenstelle wird möglicherweise eingeräumt und vom Land bestätigt. Diese zeitliche Begrenzung ist jedoch nicht hilfreich. Äußerungen im Ortschaftsrat Kochstedt, wonach dort Räume im Berufsschulzentrum zur Verfügung stehen, entsprechen nicht den Tatsachen. Frau Wendeborn stellt fest, dass eine Entscheidung zu treffen ist, da das Thema bereits um ein Jahr verschoben wurde und spätestens im kommenden

Februar, wenn die Schullaufbahnerklärungen der Eltern eingereicht werden, das Thema wieder akut ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras erfragt, ob eine Verschiebung der heute geplanten Beschlussfassung rechtlich kritisch ist. **Frau Wendeborn** bestätigt, dass dies rechtlich im Moment nicht kritisch ist. Jedoch ist es rechtlich kritisch, diese Vorlage nicht zu beschließen, da diese zur Bestätigung zum Landesschulamt geht. Es wurde sich lange darauf verständigt mit allen vorhandenen Möglichkeiten – einschließlich Außenstelle, welche jedoch nicht möglich sind. Sollte eine zweite Gemeinschaftsschule vorhanden sein, ist es möglich, dass ein Standort höher frequentiert ist, sodass erneut das Losverfahren greift, unabhängig davon, ob ein Schuleinzugsgebiet festgelegt wird oder nicht. **Herr Oberbürgermeister Kuras** bittet um Mitteilung, ob die Chaponschule in die Überlegungen mit einbezogen wurde oder ob das am technischen Aufwand scheitert. **Frau Wendeborn** teilt mit, dass derzeit die Schulentwicklungsplanung erarbeitet wird. Hierzu wird eine umfassende Vorlage erstellt. Vorab teilt sie jedoch mit, dass die Schülerzahlen eine zusätzliche Schule nicht rechtfertigen. Die Chaponschule als Außenstelle für die Zoberbergschule zu ertüchtigen, würde einen immensen finanziellen Kraftakt darstellen. Auch aufgrund der Lage und der zeitlichen Begrenzung ist dies kaum umsetzbar.

Es sollte eine Entscheidung getroffen werden, so **Herr Kellner, Fraktion der CDU**, da man sich mit dem Thema seit einem halben Jahr im Kreis dreht. Er weist auf die Vergrößerung der Schuleinzugsgebiete hin. Des Weiteren befürchtet er, dass kein anderes Ergebnis nach erneuten Gesprächen mit den Schulleitern erfolgt. Er sieht die Gefahr einer Klagewelle von benachteiligten Eltern, die auf die Stadtverwaltung zurollt, sollte kein Schlussstrich gezogen werden.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, sieht einen Widerspruch in den Beschlussvorlagen in TOP 8.2 und 8.3 und erläutert dies. Er weist darauf hin, dass es sich um eine Angelegenheit der gesamten Stadt handelt und allen Kindern die Chance gegeben werden muss, diese Schulform zu besuchen. Seiner Auffassung nach müssen Einzelinteressen von Kindern in den Ortschaften zurückstehen. Er äußert Bedenken zur Priorisierung der Grundschüler Zoberberg und hält die Entscheidung für schwierig.

Der Stadtrat muss hier aus gesamtstädtischer Sicht eine Entscheidung treffen, so **Herr Oberbürgermeister Kuras.**

Nach Meinung von **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** ist das Gremium gefordert, sich zu einer Lösung anhand der vorliegenden Beschlussvorlage zu bekennen. Er unterstützt jedoch den Antrag von Stadtrat Otto, das Gesamtangebot für die Gemeinschaftsschule in der Stadt zu erweitern, und bietet die Begleitung seiner Fraktion an. Im Interesse der gesamten Stadt ist das Gremium mit der jetzigen Vorlage gefordert. Er fordert mit Nachdruck eine Abstimmung.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erklärt, dass die Ausführungen von Stadtrat Fricke die Meinung seiner Fraktion widerspiegelt. Er begrüßt den Vorschlag von Stadtrat Otto.

Herr Otto, Fraktion PRO Dessau-Roßlau, erklärt, dass sein Vorschlag ein Angebot an die Verwaltung darstellt. Sollte keine Lösung gefunden werden, muss der Beschluss auch gegen die Interessen einzelner Ortschaften gefasst werden. Das Gesamtinteresse und die Rahmenbedingungen lassen keine andere Möglichkeit zu. Stadtrat Otto möchte jedoch alle Möglichkeit ausschöpfen, Schulleiter für das Konzept der Gesamtschule zu motivieren. Beispielsweise könnte dies an der Friedensschule in Ziebigk realisiert werden, da die Schulleiterstelle dort unbesetzt ist.

Herr Oberbürgermeister Kuras nimmt das Angebot von Stadtrat Otto an. Mit dem Landesschulamt sollte über die Schulleiterstelle in Ziebigk gesprochen werden. Das Zurückstellen beider Beschlussvorlagen in TOP 8.2 und 8.3 ist angezeigt. Über Einladungen der Schulleiter in den Hauptausschuss sollte nachgedacht werden. Das verdeutlicht noch einmal die Dringlichkeit, die die Verwaltung sowie die Politik in Dessau-Roßlau sieht.

Herr Krause, Beigeordneter für Gesundheit Bildung und Soziales, ruft in Erinnerung, dass alternativ die Beschlussvorlage unter TOP 8.3 dergestalt geändert beschlossen werden kann, dass die Grundschüler der Zoberbergschule keine Vorrechte haben. Damit wäre die Gemeinschaftsschule für alle Schüler dieser Stadt offen. **Herr Oberbürgermeister Kuras** vertritt die gleiche Auffassung.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, erklärt, dass der Vorschlag von Herrn Krause eine Alternative darstellt, die beste Gesamtalternative ist das jedoch nicht.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, spricht sich für eine Abstimmung aus.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, regt eine Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses an und verweist auf die zeitliche Dringlichkeit.

Frau Wendeborn, Leiterin des Amtes für Bildung und Schulentwicklung, teilt mit, dass für das kommende Schuljahr noch Plätze im Losverfahren vergeben werden können. Es liegen weit über 75 Anmeldungen vor bei einer Kapazitätsgrenze von 75 Schülern. Sie befürwortet das Gespräch mit den Schulleitern und bittet darum, die schulfachliche Referentin ebenso einzuladen. Die Sitzung sollte nicht öffentlich stattfinden.

Herr Oberbürgermeister Kuras wertet den Vorschlag von Stadtrat Otto als Geschäftsordnungsantrag und formuliert diesen wie folgt:

1. Über die Beschlussvorlage BV/362/2020/V-40 wird in der heutigen Sitzung nicht entschieden.
2. Zeitnah ist eine nichtöffentliche Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses in Anwesenheit der zur Verfügung stehenden Schulleiter durchzuführen.
3. Es ist mit dem Landesschulamt ins Gespräch zu kommen über die Besetzung der Grundschule in Ziebigk.

Herr Ratzmann, Fraktion der AfD, äußert die Bitte, dass Vertreter der Ortschaften bei dem Gespräch anwesend sind, um auf deren Bedenken eingehen zu können.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist darauf hin, dass alle in unterschiedlicher Weise betroffen sind. **Herr Stadtrat Ratzmann** bittet noch einmal mit Nachdruck um die Möglichkeit der Teilnahme eines Vertreters, damit Bedenken ausgeräumt werden können.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, meldet sich als Vertreter eines Ortschaftsrates zu Wort. Er möchte in diesem Fall alle Ortschaftsräte am Tisch haben, also auch die Ortsbürgermeister der Ortschaften Mildensee, Kleutsch, Sollnitz und Waldersee. Es geht nicht um einzelne Ortschaften, sondern um das große Ganze. Schade ist, dass nur einmal dieses Schulmodell in der Stadt vorhanden ist, aber es muss alles dafür getan werden, dass noch eine zweite derartige Schule hinzukommt. Selbst diese müsste dann eigentlich nach Roßlau, da sonst die dortigen Schüler benachteiligt sind. Es sollte als erstes die Sondersitzung für Dessau stattfinden. Wenn die Ortschaften hinzugezogen werden, möchte jeder Vorort eine eigene Schule, so Herr Stadtrat Kellner. **Herr Oberbürgermeister Kuras** pflichtet den Ausführungen bei.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, regt an, die Beschlussfassung beider Vorlagen zurückzustellen und begründet dies. **Herr Oberbürgermeister Kuras** äußert diesbezüglich keine Bedenken.

Die genauen Möglichkeiten, welche ergriffen werden können, so **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** ist ein anderes Thema. Augenblicklich geht es um eine Vertragung beider Beschlussvorlagen, da eine Abstimmung nur einer Beschlussvorlage nicht sinnvoll ist. Er bittet um Abstimmung, ob eine Vertagung stattfinden soll oder nicht.

Herr Oberbürgermeister Kuras nimmt in den Geschäftsordnungsantrag auch die zweite Vorlage auf und gibt diesen bekannt:

1. Die Beschlussvorlagen BV/362/2020/V-40 sowie BV/363/2020/V-40 werden zurückgestellt.
2. Die Zeit wird genutzt, um eine nichtöffentliche Sondersitzung des Haupt- und Personalausschusses mit den Schulleiter durchzuführen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Landesschulamt ins Gespräch zu kommen bezüglich der Besetzung der Direktorenstelle in der Grund schule in Ziebigk.

Der Ausschussvorsitzende bringt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung durch namentlichen Aufruf jedes Ausschussmitgliedes.

Abstimmungsergebnis: 10:0:0

Name	Abstimmung
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Ja
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Ratzmann, Burkhardt	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Ja
OB Kuras, Peter	Ja

8.3 1. Änderung der Satzung über das Aufnahmeverfahren an der Ganztagsschule Zoberberg Dessau - Gemeinschaftsschule
Vorlage: BV/363/2020/V-40

Der Tagesordnungspunkt 8.3 wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 8.2. beraten.

8.4 Umweltdetektive
Vorlage: FV/001/2021/Linke

Herr Schönemann, Fraktion die Linke, sieht keinen Einführungsbedarf zu dieser Fraktionsvorlage. Diese wurde bereits öffentlich kommuniziert und die Rückmeldungen der anderen Fraktionen liegen vor. Frau Nußbeck hat bereits im Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtpflege zu den Kernproblemen Stellung genommen. In den anderen Gremien wurde der Vorlage mit Mehrheit zugestimmt. Er appelliert an

die Ausschussmitglieder, den Umweltschädigungen im öffentlichen Raum mit entsprechenden Maßnahmen entgegenzutreten, in allererster Linie geschieht dies mit Prävention. Ein gemeinschaftliches Vorgehen lohnt sich, um dieses unsägliche Thema einzugrenzen oder vielleicht auch zukünftig zu vermeiden.

Herr Ratzmann, Fraktion der AfD, äußert ausführlich seine Bedenken zur Fraktionsvorlage und bittet um Nennung von Beispielen der in der Vorlage angeführten anderer Kommunen, bei denen eine starke Kostenreduzierung erwirtschaftet wurde. Er bittet um Vorlage entsprechender Zahlenwerte. Stadtrat Ratzmann lehnt diese Fraktionsvorlage ab, da Kosten und Nutzen in keinem Verhältnis stehen.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist darauf hin, dass Ziel ist, die Kosten für die Beseitigung der illegalen Müllentsorgung zu sparen.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, bittet um Mitteilung, ob sich im Gremienlauf am Inhalt der Vorlage etwas geändert hat. **Herr Oberbürgermeister Kuras** teilt die Abstimmungsergebnisse der vorangegangenen Gremien mit. **Stadtrat Dreibrodt** weist darauf hin, dass er Auskunft darüber möchte, ob am Inhalt der Fraktionsvorlage Änderungen vorgenommen wurde, da dieser kritisiert wurde. **Herr Oberbürgermeister Kuras** verneint dies. **Stadtrat Dreibrodt** führt aus, dass er der Fraktionsvorlage nicht zustimmen wird, weil eine Unbefristung dieser Stellen indiskutabel ist. Eine bessere Vorbereitung der Vorlage wäre nötig gewesen, die auch eine Testphase beinhaltet.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, wird der Fraktionsvorlage zustimmen. Mit den Fachämtern wurde der Inhalt im Vorfeld besprochen, die dann ihre Zustimmung erteilt haben. Es gab eine kleine Änderung in Form einer Empfehlung, dass nicht in die Hoheit des Oberbürgermeisters eingegriffen wird.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, wird der Fraktionsvorlage ebenfalls zustimmen in der Hoffnung, dass die „Dreckecken“ in der Stadt verschwinden.

Herr Schönemann, Fraktion die Linke, informiert darüber, dass mit den Fachbereichen beraten wurde, dass seine Fraktion als Einbringer aufgrund der Hoheit des Oberbürgermeisters nicht berechtigt ist, Stellenbeschreibungen zu erarbeiten.

Herr Ratzmann, Fraktion der AfD, kann aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht verstehen, dass 160.000 € für zwei Umweltdetektive ausgeben werden sollen, die wahrscheinlich nicht den gewünschten Erfolg bringen. Eine zeitliche Begrenzung sollte jedoch erfolgen, wenn diese eingestellt werden. Er regt an, dass jeder Einzelne seine Entscheidung überdenken sollte, wenn an anderer wichtigeren Stelle – wie zum Beispiel bei der Feuerwehr – über zu hohe Kosten diskutiert wird.

Herr Oberbürgermeister Kuras weist darauf hin, dass zahlreiche Bürger und Touristen immer wieder den schlechten Pflegezustand der Stadt beklagen. Er ist der Meinung, dass es angemessen ist, hierfür etwas zu unternehmen. Die Feuerwehr hier ins Gespräch zu bringen, hält er für nicht zielführend.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, stimmt Herrn Oberbürgermeister Kuras sowie Stadtrat Dreibrodt zu. Der Antrag hätte besser formuliert werden können, mit der Begründung gelesen ist dieser jedoch schlüssig, sodass er dafür stimmen kann.

Herr Oberbürgermeister Kuras erteilt Stadtrat Adamek für einen Geschäftsordnungsantrag das Wort.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, beantragt Abstimmung, da der Tagesordnungspunkt ausreichend besprochen wurde. Er bittet um Sachlichkeit.

Herr Oberbürgermeister Kuras stellt fest, dass damit nicht alle Ausschussmitglieder einverstanden sind.

Herr Dreibrodt, Freie Fraktion Dessau-Roßlau, wirft ein, dass er sich vor dem Geschäftsordnungsantrag zu Wort gemeldet hat. **Herr Oberbürgermeister Kuras** erklärt, dass Geschäftsordnungsanträge vorrangig zu behandeln sind und darüber nach den Regelungen jetzt abzustimmen ist. Er ruft die einzelnen Ausschussmitglieder namentlich zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf.

Abstimmungsergebnis zum Geschäftsordnungsantrag: 6:3:1

Name	Abstimmung
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Nein
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Ratzmann, Burkhardt	Ja
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Nein
Otto, Hans-Georg	Enthaltung
Dreibrodt, Hans-Peter	Nein
OB Kuras, Peter	Ja

Stadtrat Dreibrodt weist noch einmal darauf hin, dass er sich deutlich vor Stadtrat Adamek zu Wort gemeldet hat und die Verfahrensweise durch den Ausschussvorsitzenden falsch ist. Geschäftsordnungsanträge sind bevorzugt abstimmen zu lassen, so **Herr Oberbürgermeister Kuras**. Damit ist der Geschäftsordnungsantrag angenommen. Er bringt die Fraktionsvorlage zur Abstimmung durch namentlichen Aufruf der Ausschussmitglieder.

Der Stadtrat empfiehlt dem Oberbürgermeister die Einstellung und Beschäftigung von zwei „Umweltdetektiven“ für die Stadt Dessau-Roßlau.

Abstimmungsergebnis: 7:2:1

Name	Abstimmung
Adamek, Eiko	Ja
Kellner, Florian	Enthaltung
Fackiner, Guido	Ja
Koschig, Silvia	Ja
Ratzmann, Burkhardt	Nein
Schönemann, Ralf	Ja
Fricke, Michael	Ja
Otto, Hans-Georg	Ja
Dreibrodt, Hans-Peter	Nein
OB Kuras, Peter	Ja

Nach diesem Tagesordnungspunkt stellt Herr Oberbürgermeister Kuras um 18:59 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.

13 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird um 22:09 Uhr durch den Vorsitzenden, Herrn Oberbürgermeister Kuras, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 27.05.21

Oberbürgermeister Peter Kuras	L. Maisel
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss	Schriftführer